

«Diese Volksinitiative ist ein Hohn»

In Baden werden Unterschriften für tiefere Steuern gesammelt. Die SP warnt mit deutlichen Worten.

Pirmin Kramer

Es handelt sich um eine Premiere im Kanton Aargau: Eine Volksinitiative zur Senkung der Steuern – das gab es noch nie. In Baden soll der Steuerfuss so rasch wie möglich von aktuell 92 Prozent auf 89 Prozent sinken, fordert die FDP. Unterstützt wird die Partei von der SVP und der GLP. Seit Mittwoch werden Unterschriften gesammelt. 700 innerhalb eines Jahres sind für das Zustandekommen der Volksinitiative notwendig.

Die Initiative bringt die SP der Stadt Baden offensichtlich in Rage. Um Mitternacht, wenige Stunden nach Veröffentlichung des Artikels im Badener Tagblatt, versendet die Partei eine «offene Stellungnahme». Von einer «Mogelpackung», «Satire» und «von gefährlicher und kurzsichtiger Politik» ist darin die Rede.

Die Initiative zur Senkung des Steuerfusses von 92 Prozent auf 89 Prozent klinge zwar verlockend, sei aber eine Mogelpackung. «Die Rechnung dürfte mittelfristig für viele Badener Familien mit tieferen und mittleren Einkommen nicht aufgehen», ist die Partei überzeugt.

«Gerade mal 83 Franken»

Die SP rechnet vor: Eine vierköpfige konfessionslose Familie mit einem mittleren Bruttoeinkommen von 110'000 Franken bezahle aktuell Gemeindesteuern in Höhe von 2539 Franken. Bei einem Steuerfuss von 89 Prozent würde die Ersparnis «gerade mal 83 Franken» pro Jahr betragen. Verfüge eine vergleichbare Familie über ein



In Baden weht wegen der Steuerdebatte ein politisch rauer Wind.

Symbolbild: Alex Spichale

dreimal höheres Bruttoeinkommen von 330'000 Franken, müsste sie in Baden 19'027 Franken bezahlen – nach einer Steuersenkung hingegen 620 Franken weniger.

Die Folgerung, welche die SP aus diesen Rechenbeispielen zieht: «Das zeigt einmal mehr, dass die FDP lediglich Politik für die eigene Klientel macht.» Profitieren würden vor allem Personen mit hohen Einkommen. Von einer Entlastung für die gesamte Bevölkerung zu sprechen, sei ein Hohn. «Wieso

die GLP bei dieser Verblendung mitmacht, erschliesst sich uns nicht.»

«Wohnraum könnte kaum noch gefördert werden»

Die Behauptung, dass die FDP der Bevölkerung etwas zurückgeben wolle, weil diese unter den hohen Mieten, Gesundheitskosten und Lebenshaltungskosten leidet, könne schon fast als Satire bezeichnet werden. Die FDP torpediere zusammen mit der SVP seit Jahren jegliche Bemühungen zur Entlastung

der Bevölkerung in den genannten Bereichen auf lokaler und nationaler Ebene.

Mit ein Grund des Initiativkomitees für die Senkung des Steuerfusses: die derzeit hohen Steuererträge. Für 2024 – das genaue Ergebnis steht noch aus – rechnet Baden mit Einnahmen von 140 Millionen Franken. Rund 28 Millionen Franken mehr als im Vorjahr. Die SP fragt: «Was passiert, wenn diese Phase endet?» Die Steuern dann wieder zu erhöhen, sei politisch fast unmöglich.

«Die Rechnung dürfte für viele Badener Familien mit tieferen und mittleren Einkommen nach einer Steuersenkung nicht aufgehen.»

SP der Stadt Baden
Stellungnahme zur Initiative

Stattdessen müsste dann bei Bildung, Betreuung, Kultur und Umwelt gespart werden. Bezahlbarer Wohnraum, welcher in Baden bereits jetzt viel zu knapp sei, könnte kaum noch städtisch gefördert werden, befürchtet die SP. Sie kritisiert: Die Politik des Initiativkomitees sei kurzsichtig und gefährlich. «Die Initiative könnte für breite Bevölkerungsteile schnell zu Mehrkosten führen, weil zum Beispiel Kita-Plätze nicht im gleichen Umfang subventioniert werden könnten», so eine weitere Befürchtung.

Leserbriefe

Projekt Begegnungszonen muss sistiert werden

«Abschaffung der Parkplätze ist das einzige Ziel»,
Ausgabe vom 15. Januar

Robert A. Vogler bringt es in seinem Gastbeitrag im Badener Tagblatt auf den Punkt: Wo ist die Gesamtstrategie vom Badener Stadtrat zu den Begegnungszonen? Wer hat diese Begegnungszonen bestellt? Wozu braucht es diese provisorische Begegnungszone mit ausgewiesenen Kosten über 197'000 Franken, die nicht korrekt sind? In der Detailkostenaufstellung fehlen die Honorare der Planer, Spezialisten und Berater. Ebenfalls fehlen die Kosten für die nicht bewilligte Umgestaltung der fünf Parkplätze vor dem Restaurant Gottardo. Wo sind die Kosten aus dem sistierten Vorprojekt aufgelistet? Warum werden nicht erst die Verkehrsprobleme der Stadt gelöst, bevor wieder Parkplätze beseitigt werden? Fragen über Fragen. Ich fordere vom Stadtrat 100-prozentige Transparenz bezüglich Strategie und Kosten. Und ich fordere, dass das Projekt Begegnungszonen sistiert wird, bis all diese Fragen geklärt sind und dem Steuerzahler eine schlüssige Strategie und eine transparente Kostenübersicht präsentiert werden.

Christoph Schoop, Baden-Dättwil

Kritische Fragen der SVP wurden weggewischt

«WWF Aargau lehnt Hochwasserschutzprojekt ab»,
Ausgabe vom 16. Januar

Die Kritik des WWF am Wetzinger Hochwasserschutz ist berechtigt. Starkregen soll künftig wie in einem Trichter kanalisiert werden und in einer riesigen Betonröhre direkt in die Limmat fließen. In den 1970er-Jahren machte man das so, heute nicht mehr. Wenn alle das tun, sind Hochwasser in Basel und Köln noch verheerender. Die Verwaltung hat die kritischen Fragen der SVP an der Informationsveranstaltung weggewischt. Starkregen soll man früh und dezentral auffangen, den Abfluss verzögern, in Schwemmland umleiten oder kontrolliert einzelne Felder überschwemmen lassen. Auch im Wald lassen sich mit Erdwällen kontrollierte Rückhaltebereiche und Feuchtgebiete schaffen. Vor allem sollte möglichst viel Regenwasser ins Grundwasser kommen, sonst fehlt es im lokalen natürlichen Wasserkreislauf. Die Streichung des kantonalen Beitrags wäre eine gute Gelegenheit, das Hochwasserkonzept in Wetzinger nochmals unter Aspekten moderner Wasserhaushaltung zu untersuchen.
Martin Bürliemann, Wetzinger

Streit um KSB: Offener Brief an Regierungsrat Gallati

Ein Komitee setzt sich für den Erhalt des alten Spitalgebäudes ein und fordert ein Abbruch-Moratorium.

Pirmin Kramer

Regierungsrat Jean-Pierre Gallati soll ein Abbruch-Moratorium über das alte Kantonsspital Baden verhängen: Dies verlangt die Gruppierung «Kein Abbruch auf Vorrat» in einem offenen Brief. Rund 620 Personen unterstützen die Forderung, teilt das Komitee mit.

Derzeit ist das Baugesuch für den Abbruch des Gebäudes beim Badener Stadtrat hängig. Der fertiggestellte Spital-Neubau wird in wenigen Wochen bezogen. Quasi in letzter Sekunde will die Gruppierung den Abbruch des alten KSB, das 1978 eröffnet wurde, nun aber noch verhindern. «Zu spät ist es erst, wenn die Abrissbirne aufgestellt und eingesetzt wird», sagte Fabian Furter, Historiker aus Baden und einer der Initianten des Komitees, schon vor einigen Wochen.

«Wir bitten Sie höflich, die Option «Weiternutzen statt Abbrechen» fundiert in Erwägung zu ziehen», heisst es im Schreiben an Jean-Pierre Gallati. «Mit

einem Abbruch-Moratorium können Sie den Weg freimachen zu einer seriösen Prüfung des Weiternutzungspotenzials des KSB-Hauptgebäudes, sich zu den Klimazielen bekennen und den Aargau in einer Vorbildfunktion positionieren.»

Die Gruppierung führt rund zehn Argumente auf, die gegen den Abbruch sprechen. Die Kantonsspital Baden AG wolle «ihre keinesfalls marode Grossimmobilie» abreißen, ohne vorgängig seriös die Optionen einer alternativen Weiternutzung geprüft zu haben, lautet eine Behauptung des Komitees.

Die Abbruchkosten würden auf mehrere Dutzend Millionen Franken veranschlagt, während eine Weiternutzung über einen zweiten Lebenszyklus von vierzig bis fünfzig Jahren nach Berechnungen von Experten Gewinne verspreche, so ein weiteres Argument. «Darin sähen wir im Eintretensfall eine massive Verschwendung von öffentlichem Eigentum.» Dass sich das Komitee an den Regierungsrat wendet, liegt daran, dass die Kan-

tonsspital Baden AG zu 100 Prozent dem Kanton Aargau gehört.

In der Region Baden herrsche statistisch nachgewiesene Wohnungsnot, und das schon hohe Preisniveau steige weiter an. «Schulkinder und Asylsuchende müssen in Containern untergebracht werden, Platz für Generationenwohnen und Alterswohnungen ist rar.» Das Kantonsspital könnte beispielsweise für Wohnungen genutzt werden, sind Abriss-Gegner überzeugt. Im Vergleich zu einem Neubau gleichen Volumens könnten durch eine Sanierung und Umnutzung 25'000 Tonnen CO₂ gespart werden.

KSB führt diverse Argumente für Abbruch auf

Michel Hassler, Leiter Kommunikation beim Departement Gesundheit und Soziales, sagt auf Anfrage: «Der offene Brief ist bei uns am 7. Januar 2025 eingegangen.» Jean-Pierre Gallati werde ihn zeitlich abgestimmt mit der thematisch verwandten Interpellation beantworten, die im Dezember einging. Darin fordern

links-grüne Politiker ebenfalls die Rettung des alten KSB (wir berichteten). So wie schon 2023. Damals hielt der Regierungsrat am Abbruch fest. Die Verantwortlichen des Kantonsspitals derweil haben bereits mehrfach zur Thematik Stellung genommen. Der Rückbau und die Schaffung einer Grünzone sei die beste Option. Auf der KSB-Website sind diverse Argumente für den Abbruch aufgeführt. Die Umnutzung wäre mit sehr hohen Investitionen und einem unabhärbaren Aufwand verbunden, heisst es. Gegen einen Erhalt würden auch diverse technische, juristische, politische und unternehmerische Punkte sprechen.

Bei der Bewilligung für den Neubau des KSB, das sich in einer Zone für öffentliche Bauten und Anlagen befindet, seien die Behörden und Anwohner von einem Abbruch des bestehenden Spitals ausgegangen. «Dies war mit ein Grund, weshalb gegen das Neubauprojekt keine Einsprachen erhoben wurden.» Hinzu komme: Die Zone für öffentliche Bauten lasse,

wenn überhaupt, nur sehr begrenzt Wohnraum zu; dieser müsse an die Gesundheitsversorgung gekoppelt sein, heisst es auf der KSB-Website.

Durch eine Umnutzung des Gebäudes in Wohnungen würde der KSB-Campus sehr stark verdichtet beziehungsweise überlastet. Das Personenaufkommen auf dem Areal mit täglich rund 400 stationären und 1000 ambulanten Patienten, 1000 Besuchern und durchschnittlich 1400 Mitarbeitenden sei jetzt schon sehr hoch. «Zusätzliche Wohnkapazitäten würden die Parzelle überlasten.»

Und nicht zuletzt würde sich das KSB die Zukunft verbauen, bliebe das bestehende Gebäude erhalten, argumentieren die Spital-Verantwortlichen. «Auch kommende Generationen sollen die Möglichkeit erhalten, auf freier Fläche ein den Anforderungen ihrer Zeit entsprechendes Spital bauen zu können.» Denn Umbauten und Erneuerungen bestehender Spitalbauten seien betriebsökonomisch höchst unattraktiv.